

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 4. November 1899.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Suitpoldstraße Nr. 9.

Inhalt: Was die Einzelunternehmer „verdienen“. — Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. — Die Unternehmer und das Buchhändlergesetz. — Die Buchhändler-Vorlage auf dem nationalsozialen Vertretertage. — Vom christlichen Metallarbeiterverband. — Zur Lehre. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands. — An sämtliche Feilenarbeiter Deutschlands. — Zur Keunstundenbewegung der Berliner Metallarbeiter. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Abrechnung des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern für das 3. Quartal 1899. — An die Verwaltungsstellen des D. M. V. in Nordbayern. — Rundschau. — Literarisches.

Formen u. Gießereiarbeiter, Achtung!

In Bezug auf die Verweigerung von Leipziger Streikarbeit machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß von allen Fällen die in Betracht kommenden Vorstände vor der Arbeitsüberlegung in Kenntniß zu setzen sind, damit auch von diesen eine Prüfung der Verhältnisse vorgenommen werden kann.

Stuttgart, Oktober 1899.

Der Vorstand des D. M. V.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Elektromonteuren nach Bremen (Büschmeyer);
- von Feilenarbeitern nach Braunschweig, nach Chemnitz nach Furthof (Niederösterreich) Str.;
- von Flachsenern (Klempnern) nach Bremen, Köln a. Rh., nach Düsseldorf (Wortmann & Elbers) W., Hamburg;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Gumboldt (Grupp), nach Götz bei Goswig (Schürmann), nach nach Frankenberg i. Sach., nach Frankenthal (F. Gutmann) W., nach Gera Str., nach Gassen (F. Pöhl) Str., nach Halle-Büschdorf (A. Jacobi, Delitzscherstr.), nach Leuchthammer, Proßen-Gröditz, Burghammer und Biesla W., nach Leipzig und sammtl. Vororten Str., nach Ludau W., nach Mark-rauskädt, nach Mittweida, nach Pegnitz (Pegnitzhütte) D., nach Penig, nach Radebeul, nach Werdau i. S. (Gebr. Paul) D., nach Wurzen (Sarling), nach Zeitz;
- von Tempormachern nach Pielefeld (W. Kramer) D.;
- von Goldschlägern nach München (Zimmerlein) Str.;
- von chir. Instrumentenmachern nach Suttlingen D.;
- von Kesselschmieden nach Garmen;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin, Str., nach Elberfeld (Fr. Käseberg), nach Flensburg (Janßen & Goos), nach Heselohu (insbesondere von Gießern, Schleifern und Drehern) (Schäfermaler & Jens), R., nach Leipzig (Bachhaus & Langenstepen) Str., nach Leipzig-Sohlis (Vochmann'sche Musikwerke), nach Wien (W. & G. Körtling);
- von Reibzeugmachern nach Nürnberg Str.
- von Schleifern nach Zittau (Häuomenfahrradwerke);
- von Schlossern nach Hildburghausen (S. Gassenheimer (Str.));
- von Schlossern und Maschinenbauern nach Gera. R. j. L. (Geraer Maschinenbau-W. u. G. vorm. Alfred Kühn), nach Greiz;
- von Schmieden nach Göttingen (Dich) Str.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; R.: Maßregelung; W.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Was die Einzelunternehmer „verdienen“.

Durch die den Aktiengesellschaften gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung des wesentlichsten Inhaltes ihrer alljährlichen Geschäftsabläufe ist aller Welt und insbesondere auch der Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben, in deren Geschäftsgebahren Einblick zu nehmen und eine gewisse Kontrolle zu üben. Wir haben es uns zur Aufgabe gestellt, diese Veröffentlichungen planmäßig zu verfolgen und so aus dem kapitalistischen Lager selbst wirkungsvolles Material zur Belehrung und Aufklärung der Arbeiter zu holen. Aus den Ge-

schäftsabläufen der Aktiengesellschaften lassen sich auch Schlüsse auf die Rentabilität der Einzelunternehmungen ziehen und läßt sich so ein Urtheil über die Rentabilität des industriellen Kapitals überhaupt gewinnen. Die Form der Aktiengesellschaft liefert aber auch brauchbares Material über den Stand der Einzelunternehmungen. Bekanntlich werden zahlreiche derselben in Aktiengesellschaften umgewandelt und bei diesem Anlasse von Sachverständigen aus den Geschäftsbüchern die nöthigen Auszüge und Zusammenstellungen gemacht, um einen Ueberblick über den Stand des Unternehmens zu erhalten. Werden dann die neuen Aktien zur öffentlichen Subscription ausgeben, so muß über das Geschäft der Öffentlichkeit nähere Auskunft in Prospekten gegeben werden, wodurch auch andere Leute Kenntniß von diesen Dingen erhalten.

Wir haben uns seit einiger Zeit eine kleine Sammlung solcher Prospekte angelegt und wollen an Hand derselben unseren Lesern zeigen, was die Einzelunternehmer verdienen; dadurch werden auch unsere regelmäßigen Mittheilungen über die Aktiengesellschaften ergänzt. Da ist zunächst die Firma Maschinenfabrik Benzki, Akt.-Ges. in Graudenz. Das Unternehmen ist im August 1897 in eine Aktiengesellschaft mit 1,300,000 Mk Grundkapital umgewandelt worden; es besteht in einer Eisengießerei, Fabrication von Maschinen und landwirthschaftlichen Geräthen aller Art sowie im Handel mit solchen. Der Fabrikant Benzki erhielt von der Gesellschaft den Kaufpreis von 1,200,000 Mk bezahlt, jedoch entfiel von dieser Summe beinahe die Hälfte auf den Waarenvorrath und auf Außenstände der Firma. Auf die eigentlichen Fabrikanlagen mit allen Einrichtungen entfielen 654,566 Mk, die man also als das eigentliche Anlagekapital des Vorbesitzers betrachten kann. Nun machte er in den letzten drei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorausgegangenen Jahren folgende Gewinne:

Jahr	Bruttogewinn	Reingewinn
	Mk	Mk
1894	83,250,11	50,263,44
1895	99,269,91	62,937,50
1896	158,558,81	102,312,69

Nimmt man die Anlage- und Betriebskapitalien mit zusammen einer Million an, so betrug der Reingewinn in Prozenten 5, 6 und 10 Prozent. Im Jahre 1898 erzielte die Gesellschaft einen Bruttogewinn von 153,479 Mk, der sich nach vorgenommenen Abschreibungen auf 113,020 Mk reduzirte und daraus die Aktionäre eine Dividende von 7 Prozent wie 1897 erhielten.

Die Firma Böse u. Cie. in Berlin ist im August 1897 in die Akkumulatoren- und Elektrizitätswerke, Akt.-Ges., mit einem Grundkapital von 3 Millionen Mark umgewandelt worden. Die Vorbesitzer erzielten für das Jahr 1895 einen Bruttogewinn von 320,870 Mk und für 1896 einen solchen von 428,343 Mk. Die Aktiengesellschaft erzielte 1898 einen Gewinn von 514,064 Mk netto und vertheilte eine Dividende von 11 (1897: 10) Proz.

Die zwei vereinigten Firmen Kronenberg u. Cie. in Ohligs sowie Prinz u. Cie., Astenauer Nietensfabrik in Zimmgrath wurden im Juli 1897 in die Firma „Kronprinz“, Akt.-Ges. für Fahrradtheile zu Ohligs bei Solingen mit einem Grundkapital von 1,400,000 Mk umgewandelt. Die Vorbesitzer hatten Bruttogewinne erzielt:

1894	mindestens	72,000 Mk,
1895	"	160,000 "
1896	"	260,000 "

Das Wort „mindestens“ steht an derselben Stelle im Prospekt und es läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß die wirklichen Gewinne noch höher waren. Der Uebernahmewerth wurde auf rund 1 Million Mark geschätzt, so daß der Gewinn mindestens 7, 2, 16 und

26 Proz. in den angeführten 3 Jahren betragen hat, ein gewiß „feines Geschäft“. Die neue Aktiengesellschaft vertheilte für 1897 und 1898 je 16 Prozent Dividende, der Gewinn im letzten Jahre betrug 506,985 Mk.

Im Mai 1898 ist die Firma Emailirwerk und Metallwaarenfabrik Silesia, Akt.-Ges. in Paruschowitz (Oberschlesien) mit einem Grundkapital von 5,250,000 Mk gegründet worden zum Zwecke der Uebernahme und Fortführung verschiedener Betriebe. So wurde das Breslauer Emailirwerk für 325,000 Mk erworben. Die Vorbesitzer desselben erzielten 1895 einen Bruttogewinn von 60,630 Mk und 1896 einen solchen von 109,580 Mk, welche Ziffern zweifellos ein glänzendes Geschäft bedeuten. Das von der Gesellschaft ebenfalls erworbene Emailirwerk in Schwelm, dessen Ankaufspreis im Prospekt nicht angegeben ist, machte 1895/96 einen Bruttogewinn von 52,065 Mk, 1896/97 von 87,470 Mk und 1897/98 von 25,075 Mk; der Gewinn war demnach in den drei Jahren sehr schwankend. Die Aktiengesellschaft machte 1898 einen Reingewinn von 591,926 Mk, woraus die Aktionäre eine Dividende von 10 Proz. gleich 525,000 Mk erhielten. Die Arbeiterzahl beträgt 3300, sodaß jeder derselben durchschnittlich 159 Mk den Aktionären schenkte.

Das Eisen- und Stahlwerk Hösch in Dortmund war zwar von seiner Gründung im Jahre 1873 an schon eine Aktiengesellschaft, allein die Aktien waren, wie seiner Zeit in der Presse zu lesen war, fast ausschließlich in Besitze der Familie Hösch. Im Jahre 1895 wurde das Aktienkapital auf 6 Millionen Mark erhöht und dadurch weiteren Kapitalistenkreisen die Betheiligung ermöglicht. In diesem Jahre fand eine neuerliche Erhöhung des Aktienkapitals auf 15 Millionen statt und in dem aus diesem Anlasse veröffentlichten Prospekt werden interessante Mittheilungen über die Rendite der vom Stahl- und Eisenwerk Hösch angekauften Beche Westfalia gemacht. Darnach betrug sie:

Jahr	Vertheilte Ausbeute	Abschreibungen
	Mk	Mk
1890	590,000	670,232,23
1891	720,000	178,785,63
1892	160,000	112,250,24
1893	—	603,661,05
1894	—	509,445,72
1895	—	532,647,52
1896	400,000	242,703,14
1897	375,000	238,789,09
1898	425,000	232,122,29

Darnach wäre in den Jahren 1893, 1894 und 1895 keine „Ausbeute“ — das Wort steht an derselben Stelle, wie vorstehend, im Prospekt — an die Aktionäre vertheilt worden. Der Prospekt erklärt dies damit, daß in diesen Jahren der Schacht Kaiserstuhl II gebaut wurde und zwar zum größten Theile aus den Erträgen dieser Jahre; der Werth dieses Schachtes ist in der Bilanz mit 3,381,519 Mk angegeben. Ueber die Rentabilität des Hösch'schen Werkes in den früheren Jahren wird mitgetheilt, daß folgende Dividenden vertheilt wurden: 1891/92: 5 Prozent, 1892/93: 5 Proz., 1893/94: 5 Proz., 1894/95: 7 1/2 Proz., 1895/96: 7 1/2 Proz.

Im Jahre 1897/98 wurde ein Reingewinn von 1,213,264 Mk erzielt und daraus eine Dividende von 12 Proz. gleich 900,000 Mk vertheilt, für 1898/99 eine solche von 15 Proz.

Necht hübsch ist in dem vorstehend erwähnten Prospekt der Gebrauch des Wortes „Ausbeute“ für den Reingewinn resp. für die vertheilte Dividenden-summe. Die Segner nehmen es uns bekanntlich immer sehr übel, wenn wir von Ausbeutern reden. Wenn aber nun sie selber von Ausbeute reden, so ist es doch nur logisch, die Empfänger derselben Ausbeute zu nennen. Oder etwa nicht?

Im Uebrigen zeigen die angeführten Gewinne, daß in der That die Einzelunternehmer die gleichen Profite machen wie die Aktiengesellschaften und daß man daher mit vollem Recht von diesen auf jene schließen kann. Deshalb dürfen die Arbeiter fordern, daß in den Betrieben der einzelnen Unternehmer wie in denen der Aktiengesellschaften die Arbeitsverhältnisse in befriedigender Weise gestaltet werden.

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

Die nun seit vier Jahren währende wirtschaftliche Prosperität dauert nach allen Marktberichten sowie nach allen Geschäftsabschlüssen von Aktiengesellschaften noch ungeschwächt fort, trotzdem Pessimisten ungeachtet aller erfahrenen tatsächlichen Dementis nicht müde werden, immer wieder nach Krisen-Anzeichen zu suchen und solche auch zu entdecken. Zu leicht werden da manchmal Einzelercheinungen verallgemeinert. Diese Einzelercheinungen bestehen z. B. darin, daß inmitten eines blühenden Industriezweiges das eine oder andere Unternehmen schlecht rentiert, daß es ungenügend beschäftigt, statt Gewinn Defizit macht und vielleicht gar liquidieren muß; ferner darin, daß eine ganze Industrie, wie z. B. die Textilindustrie oder eine ganze Branche einer Industrie, wie z. B. die Fahrradindustrie, in einer schweren Krise sich befindet, während ringsum Alles prosperiert und gedeiht. Diese Erscheinungen beweisen nur, daß der bekannte Satz: keine Regel ohne Ausnahme auch für die allgemeine wirtschaftliche Prosperität gilt. Wollte man aber umgekehrt verfahren und von einer nothleidenden Branche auf die ganze betreffende Industrie schließen, so würde man sich in starken Widerspruch zu den Thatfachen setzen. Man würde zu einer blamablen Beurteilung der Verhältnisse gekommen sein, wenn man aus dem Darniederliegen der Fahrradindustrie Schlüsse gezogen hätte auf die Geschäftslage der gesamten Maschinenindustrie. Wir können daher auch nicht einsehen, welchen praktischen Werth einheitlicher Pessimismus in der Beurteilung der allgemeinen Geschäftslage für die Arbeiter haben sollte.

Mehr zutreffend ist die Darstellung des Arbeitsmarktes, welche Dr. Jastrow in der Nr. 2 seines „Arbeitsmarkt“ gibt. Er erblickt in der Steigerung des Arbeitsangebots von 92,5 auf 100 offene Stellen im Monat August auf 98,9 im Monat September „die ersten leisen Anzeichen einer ungünstiger werdenden Situation auf dem Arbeitsmarkt“. Aber es sind nicht die Anzeichen einer drohenden Absatzkrise, sondern die warnend vorhergegangenen Wirkungen der schon oft betonten Zustände in der üppig blühenden Bergwerks- und Metallindustrie, in denen Mangel an Kohle und an Halbzug manche Werke zu Einschränkungen oder gar zum Stillliegen zwingt. Hemmend und vertheuernd wirkt der Kohlemangel schließlich auf alle Industrien. Konstatirt wird ferner ein Nachlassen in dem bisher abnorm starken Bedarf in der Zementfabrikation, im Waggonbau, in manchen Gegenden auch im Baugewerbe.

Über die Geschäftslage der Eisen- und Maschinenindustrie lauten die Berichte unverändert günstig. So schrieb die „Meinlich-westfälische Zig.“ Anfangs Oktober über den Eisenmarkt: „Trotz der vorgerückten Jahreszeit, in welcher sonst auf dem Eisenmarkt eine größere Stille einzutreten pflegt, dauert die stürmische Bewegung fort, die den Aufschwung im Frühjahr einleitete. Der ungeheurer Bedarf, den die deutsche Eisenindustrie in solcher Größe noch nie zu verzeichnen gehabt hat, hält in ungeschwächter Weise an, und mit ihm die Kohlennoth, das charakteristische Merkmal der Marktlage. So lange aber diese beiden Umstände neben einander fortbestehen, halten wir einen Rückgang für ganz ausgeschlossen. Auf dem Roheisenmarkt übersteigt die Nachfrage die Leistungsfähigkeit und die Erzeugung der Hütten. Für das erste Halbjahr 1900 fehlen den Werken noch große Mengen Roheisen, und wenn auch zu erwarten steht, daß das Luxemburger Syndikat, welches bisher den Werken nur etwa die Hälfte des Verbrauchs zugeführt hat, noch größere Mengen Roheisen zum Verkauf stellen wird, so steht aber jetzt schon fest, daß der Bedarf der Werke nicht voll gedeckt werden kann, weder in gewöhnlichem, noch in Qualitäts-Rohroheisen, noch in Stahlroheisen. Bezeichnend ist es, daß das Roheisen-Syndikat 3 Tage nach Hinansenden der Offerten für das 2. Semester 1900 bereits ausverkauft war, da trotz den erhöhten Preisen von allen Seiten begierig zugegriffen wurde. Auch das doppelte Quantum wäre, wenn vorhanden, ebenso schnell vergriffen gewesen. Das Düsseldorf-Syndikat hat den Werken einen

kleinen Theil ihres Bedarfs in Qualitäts-Rohroheisen bereits für das dritte Jahresviertel 1900 angestellt und verkauft zu 78 M mit Frachtgrundlage Siegen. Im Frühjahr kostete das Eisen 62 M, wozu noch ein Aufschlag von 3 M für die Preiserhöhung des Eisensteins trat.“

Eine förmliche Kalamität droht den Drahtwerken durch den Mangel an Drahtknüppeln, da ihnen der Halbzugverband nicht genügend liefert. Es ist ihm deshalb der Vorwurf gemacht worden, daß er die ausländische Konkurrenz durch starke Lieferungen auf Kosten der deutschen Drahtwerke begünstige. Der Halbzugverband (Syndikat) macht aber die Drahtwerke für ihre Materialnoth selbst verantwortlich, da sie mit Aufträgen zurückhielten und deshalb der Verband Lieferungen ins Ausland übernahm. Das mag ja so sein. Aber der Halbzugverband übt im Uebrigen einen solchen Terrorismus auf seine Abnehmer aus, daß die Schärsmacher und mit ihnen Graf Posadowsky sich vor Bergnügen die Hände reiben würden, wenn sie ebensolches, beweiskräftiges Material gegen die Arbeiter zur Durchbrückung der Zuchtbausvorlage hätten. Der Halbzugverband verbietet nämlich seinen Abnehmern, den Drahtwerken, Bandroheisen, Feinblech- und Stabeisen-Walzwerken, den Bezug von Material von Werken, die außerhalb des Verbandes stehen. Ein Eingeweihter schreibt darüber: „Zunächst mußten sie bei Anmeldung ihres Bedarfs berichten und bekennen, ob und wie viel sie „fremd“ gekauft hätten. Bei Verschweigung wurde ihnen angefündigt, daß sie keine Aussicht auf Berücksichtigung bei der Vertheilung hätten. Dann wurde den Werken, die auswärts Stahlhalbzug gekauft hatten, eröffnet, daß diese Mengen bei der Zuteilung gemäß Verbandsbeschluss doppelt angerechnet würden. Wer also 1000 Tonnen in Differdingen (das außerhalb des Halbzugverbandes steht) gekauft hat, wird vom Verband dafür mit 2000 Tonnen belastet und hat er bei diesem als Bedarf 2000 Tonnen angemeldet, so erhält er nichts, denn er hat seine Menge, d. h. er hat in Wirklichkeit statt der benötigten 3000 Tonnen nur 1000 Tonnen und zwar die von Differdingen, dem vom Verbands bekommt er nichts. Also dieser kann nicht liefern und den Werken die dringend nötigen Mengen liefern, dennoch sollen sie nicht auswärts kaufen. Sie sollen stillliegen, ehe sie fremdes Halbzug verbrauchen. Dieses Vorgehen hat nun berechtigter Mißbilligung in den Kreisen der Halbzugverbraucher hervorgerufen und es wäre erwünscht, wenn sich der Verband über diese Frage eingehend äußern wollte.“ — Also der denkbar schlimmste Terrorismus und wie milde wird derselbe beurteilt! Man sei darüber „mißgestimmt“ und „wünsche eingehende Aeußerung“. Gegen Arbeiter fordert man sofort das Einschreiten der Behörden. Nicht unerwähnt gelassen sei, daß die für die Zuchtbausvorlage so begeisterte schärsmacherische „Eisen-Zig.“ kein Wort der Kritik gegen den mehrhörtten und rindösen kapitalistischen Terrorismus des Halbzugverbandes hat. Das ist das ungleiche Maß dieser Seite, die doppelte Moral, wonach es nicht dasselbe, wenn zwei das Gleiche thun. Was die geschäftliche Seite dieser Vorgänge betrifft, so ist unverkennbar, daß dadurch eine ganze Anzahl industrieller Unternehmungen schwer geschädigt und eine große Zahl von Arbeitswilligen beschäftigungslos gemacht werden kann. Wie steht es mit dem Schicksal dieser Arbeitswilligen in solchen Fällen? Da verlangen natürlich alle Gesetze und alle Behörden, dieselben Behörden, die ehrliche Arbeiter wegen eines unbedeutlichen Wortes ohne Bedenken auf Monate hinaus ins Gefängnis schicken.

Wie in Rheinland-Westfalen, so ist die Lage in den übrigen Industriebezirken. So wird vom Siegerländer Eisenmarkt Anfangs Oktober berichtet, daß die anhaltend gute Geschäftslage keine Beeinträchtigung erfahren hat, höchstens wäre eine solche in dem zunehmenden Kohlenmangel zu suchen, der die Werke häufig zu Betriebseinschränkungen zwingt und der schon für das laufende Jahr nicht ohne Einfluß auf die Ergebnisse mancher Werke gewesen ist. „Daß die Werke der Kleinroheisen-Industrie, sowie sämtliche übrigen Zweige der Eisenindustrie, als Röhrenfabriken, Eisenkonstruktionswerkstätten, Verzweckereien, Kessel- und Maschinenfabriken, Eisengießereien fortgesetzt stark in Anspruch genommen werden, bedarf kaum der Erwähnung. Die Werke sind genöthigt, ganz ungewöhnlich lange Lieferfristen zu bedingen und es gilt als Regel, daß diese in den meisten Fällen noch wesentlich überschritten werden. Das ruft natürlich oft die größte Unzufriedenheit der Abnehmer hervor, die sich ihrerseits immer noch schlecht an die gegenwärtigen Lieferungsverhältnisse gewöhnen und denselben viel zu wenig Rechnung tragen. Allerdings muß andererseits

bemerkt werden, daß die Werke auch in der lebhaften Konjunktur einen bequemen Entschuldigungsgrund für ihre späten Ablieferungen finden, den sie gut ausnützen.“

Ebenso günstig steht es in Oberschlesien, wo ebenfalls die Produktion zum Theil schon bis ins Frühjahr 1900 verkauft ist und zwar zu den besten Preisen. Die Lage im Saargebiet wird durch die Mittheilung illustriert, daß die Firma Gebrüder Stumm in Neunkirchen ihren Abnehmern durch ein Mundschreiben mittheilte, daß ihre Produktion an Walzroheisen bis Ende März 1900 vollständig vergeben sei und sie daher weitere Verpflichtungen nicht übernehmen könne.

Bezeichnend für die große Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes ist auch noch die diesjährige Bestellung des auswärtigen Handels der Eisen- und Maschinenindustrie, indem die Einfuhr mit 531,022 Tonnen um 211,000 Tonnen in den 8 Monaten Januar bis August größer war, als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während die Ausfuhr mit 1,030,701 Tonnen um 100,000 Tonnen kleiner war. Roheisen wurden 66,517 gegen 30,977 Tonnen, Bruchroheisen und Eisenabfälle 6091 gegen 1824 Tonnen allein im Monat August eingeführt; in den sämtlichen 8 Monaten 383,222 Tonnen gegen 238,823 Tonnen in derselben Periode 1898, also um 145,000 Tonnen Roheisen mehr.

Im Einzelnen ist noch anzuführen, daß die bayerische Staatsbahnverwaltung 32 1/2 Mill. Mark vom Landtag verlangt für den Ausbau der Eisenbahnen und für die Anschaffung von 64 Lokomotiven, 177 Personenwagen, 41 Postwagen, 1090 Pack- und Güterwagen. In Spandau bei Berlin werden nach dem „Arbeitsmarkt“ eine ganze Reihe neuer Fabriken errichtet, so eine solche der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske und der Akt.-Ges. für Feldbahn- und Kleinbahnenbedarf vorm. Drenstein und Koppel. Das Eschweiler Eisenwerk berichtet in seinem Geschäftsabschluss für 1898/99, daß am 1. Juli 1899 Aufträge von 9548 gegen nur 5937 Tonnen zu der gleichen Zeit des Vorjahres vorlagen. Die Gothaer Waggonfabrik bezeichnet die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr als sehr günstig, die Aufträge an Eisenbahnwaggons belaufen sich auf rund 1,250,000 Mark. Die Rheinischen Stahlwerke in Meiderich hatten am 1. Juli 162,758 (130,463) Tonnen, am 1. August 203,902 Tonnen Aufträge und zwar zu besseren Preisen. Die Wilhelmshütte, Akt.-Ges. für Maschinenbau und Eisengießerei, Sulau-Wilhelmshütte, trat in das neue Geschäftsjahr mit 1,810,000 Mark (1,160,000 M) Aufträgen, zu deren Bewältigung die Werkstätten erweitert werden müssen. Das Eisenhüttenwerk Keula in Ruskau ist in allen Betrieben vollauf und lohnend beschäftigt. Viele Aufträge haben sogar wegen des Liefertermins abgelehnt werden müssen. Die Barger Maschinenfabrik ist für beide Werke mit großen Aufträgen zu guten und höheren Preisen in das neue Geschäftsjahr eingetreten. Leider macht sich auf dem Walzwerk ein solcher Mangel an Roheisenprodukten fühlbar, daß der Betrieb wiederholt theilweise eingestellt werden mußte. Das Hasper Eisen- und Stahlwerk begann das neue Geschäftsjahr mit Aufträgen von 97,000 Tonnen in Rohblöcken und Fabrikationsartikeln im Werthe von 14,800,000 M (55,000 Tonnen). Die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik, Akt.-Ges. vorm. Sentker, Berlin, hat im Werkzeugmaschinenbau für das ganze Jahr die volle Beschäftigung gesichert. Die projektierten Neubauten böten die Möglichkeit, den Umsatz im Werkzeugmaschinenbau zu verdoppeln, so daß auch für die Folge das neu aufgenommene Kapital eine ebenfalls zufriedenstellende Verzinsung finden würde. Die Eisenwerks-Gesellschaft Maximilianshütte in Rosenberg (Oberpfalz) berichtet, daß die geschäftlichen Verhältnisse auch im laufenden Geschäftsjahre vollbefriedigend seien, so daß wieder auf günstige finanzielle Ergebnisse gerechnet werden könne. Die Zittauer Maschinenfabrik, früher Reßler u. Cie. in Zittau, ist außergewöhnlich stark beschäftigt. Die Arminiusshauer Maschinenfabrik trat in das neue Geschäftsjahr mit 295,294 M Aufträgen, die sich bis zum 15. Septbr. auf 360,000 M vermehrten. Die Hannoverische Maschinenbau-Akt.-Ges. vorm. Eggestorff ist in allen Abtheilungen bis Mitte 1900 voll beschäftigt. Die Maschinenfabrik Kappel bei Chemnitz hat genügende Aufträge. Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum hatte am 1. Juli 139,657 Tonnen Aufträge gegen nur 87,618 Tonnen im Vorjahr. Das laufende Geschäftsjahr verspricht befriedigende Ergebnisse. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch in Dortmund verzeichnete am 1. Juli einen Bestand von Aufträgen von 139,851 Tonnen (100,000

Tommen) und werden die Aussichten für die Zukunft als günstige bezeichnet. Die Etablissements der Peniger Maschinenfabrik in Penig und Leipzig seien lebhaft beschäftigt. Die Akt.-Ges. für Uhrenfabrikation in Freiburg in Schlef. ist in allen ihren Werkstätten bereits jetzt bis gegen Mitte des nächsten Jahres voll beschäftigt. Die Werkzeugmaschinenfabrik „Vulkan“ in Chemnitz ist mit einem Auftragsbestand von 218,000 Mk (202,650 Mk) ins neue Geschäftsjahr eingetreten. Die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe nahm ins neue Geschäftsjahr für 4 Mill. (3,3 Mill.) Markt Aufträge mit herüber. Wiebels Maschinenfabrik in Chemnitz besaß beim Beginn des neuen Geschäftsjahres für 500,000 Mk Aufträge. Eine ganze Anzahl weiterer, uns vorliegender Geschäftsabschlüsse theilt keine Ziffern über den Auftragsbestand mit, sondern bemerkt nur, daß der Geschäftsgang und die Aussichten sehr günstig sind.

Günstig bleibt auch nach wie vor das Geschäft in Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Frankreich, Belgien, England und Amerika; England scheint durch den mit der Transvaal-Republik provozirten Krieg keine Geschäftsförderung zu erleiden.

Nach all' den mitgetheilten Thatsachen können wir nicht schwarzseherisch sagen, daß für die nächste Zeit eine Krise droht. So fern es uns liegt, durch eine unzutreffende günstige Darstellung der Geschäftslage in den Arbeitern eine gefährliche Kampfeslust zu wecken, ebenso fern liegt es uns aber auch, durch eine unbegründete ungünstige Darstellung niederdrückend und entmutigend auf unsere Kollegen zu wirken. Thatsache ist also, daß die Eisen- und Maschinenindustrie und mit ihr der weitaus größte Theil des deutschen Wirtschaftslebens nach wie vor blüht und prosperirt.

Die Unternehmer und das Zuchthausgesetz.

In den letzten Wochen sind die Unternehmer und Unternehmerorganisationen eifrigst bemüht, Stimmung für das Zuchthausgesetz zu machen. Dieses Gebahren wurde vor einigen Tagen von dem nationalliberalen Abgeordneten Wassermann mit scharfen Worten geißelt. Er sagte Folgendes: Es ist nun eine große Agitation in diesem Sommer für die Vorlage entfaltet worden, aber sie ist ausgegangen einzig und allein von der Großindustrie und ihrer Presse. Ihr Ruf: „Schutz den Arbeitswilligen“ ist eitel Heuchelei. Nicht um den Schutz der Arbeitswilligen handelt es sich, sondern um den Schutz der höchst eigenen Interessen und die Frage ihrer eigenen Machtbedürfnisse.“

Man muß annehmen, daß Wassermann, zu dessen Partei eine große Zahl Großindustrieller gehört, das Unternehmertum genau kennt, und ist dieses Urtheil, das mit dem der organisirten Arbeiterschaft übereinstimmt, deshalb besonders werthvoll.

Daß es den Unternehmern nur darum zu thun ist, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, bekunden sie aber auch deutlich bei den Veranstaltungen, welche von ihnen zu Gunsten des Zuchthausgesetzes unternommen werden. Nicht drastisch kam dies auf der Generalversammlung des „Bundes der Industriellen“, die am 16. und 17. Oktober in Berlin stattfand, zum Ausdruck. Der Vorstand des Bundes hatte der Generalversammlung eine Resolution für das Zuchthausgesetz unterbreitet. In dieser Resolution wurde die Nothwendigkeit einer Gesetzgebung im Sinne des Zuchthausgesetzes betont. „1. weil die Koalitionsfreiheit seitens der Arbeiterschaft als Mittel zu einem Koalitionszwang benutzt wird; 2. weil die Zunahme der Streiks in den letzten Jahren in ihrer überwiegenden Mehrzahl beweise, daß die Arbeiterschaft den Streik nicht sowohl als Mittel zur Verbesserung ihrer Lage, sondern als Mittel eines Zweikampfes mit den Unternehmern im Sinne von Machtpöben benutzt; 3. weil die Lust, die Verantwortung für ein industrielles Unternehmen zu tragen, den Industriellen Deutschlands bei den fortgesetzten Beunruhigungen der Betriebe systematisch verleidet wird, so daß die Abkehr der nationalen Kraft von der Industrie und somit ein Rückgang unseres nationalen Wohlstandes zu gewärtigen wäre.“

Das ist deutlich. Nicht um den Schutz der Streikbrecher handelt es sich, sondern darum, die den Unternehmern unbequemen Arbeiterorganisationen und die noch unbequemerem Streiks zu beseitigen, oder doch mindestens in ihrer Wirksamkeit einzuschränken.

Die Resolution fand in der vorgelegten Form zwar keine Annahme, sondern sie wurde so umgeändert, daß die Stellen, welche die Wünsche der Unternehmer gar zu deutlich verriethen, ausgemerzt wurden. Vielleicht kam auch den Theilnehmern an der Generalversammlung die Erkenntniß, daß man es nicht zu offenkundig aussprechen dürfe, welche Zwecke man mit dem Zuchthausgesetz zu erreichen gedenkt. Die schließlich zur

Annahme gelangende Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen hält auf Grund ihrer Umfrage bei den Mitgliedern des Bundes die völlige Gewährleistung der Willensfreiheit der Arbeitswilligen für eine unbedingte Nothwendigkeit. Sie ist der Ansicht, daß die zur Zeit geltenden Bestimmungen diesen Schutz nicht in hinreichendem Maße bieten. Sie beauftragt daher den Vorstand des Bundes, für eine Verstärkung der gesetzlichen Sicherheitsmaßregeln unter Ablehnung der zu weit gehenden Vorschläge der Regierung an zuständiger Stelle einzutreten.“

Welche Bewandniß es mit der genannten Umfrage hatte, wird in einem Berichte mitgeteilt, den der „Vorwärts“ über die Generalversammlung bringt. In dem offiziellen Bericht heißt es, daß die Umfrage von 95,5 Prozent aller Angefragten dahin beantwortet wurde, daß ein Schutz der Arbeitswilligen erforderlich sei. Nur 4,5 Proz. waren der Meinung, daß die bestehenden Gesetze ausreichend wären.“

Der „Vorwärts“ berichtet jedoch, daß von den 4000 Mitgliedern des Bundes sich nur 140 an der Umfrage betheiligten hätten. Dadurch erhält das von dem Bunde gesammelte Material allerdings einen anderen Werth, als es nach dem offiziellen Bericht den Anschein hat.

Bei der Generalversammlung des Bundes interessiert uns jedoch noch ein Anderes. In dem Bericht über die Thätigkeit des Bundes wird ausgeführt, daß die Mitgliederzahl sich von 2000 auf über 4000 im letzten Jahre gehoben habe. Beigetreten sind 209 Einzelmittglieder und sechs Vereinigungen. Von Vereinigungen ist nur eine ausgeschieden. Aus der Thätigkeit des Bundes ist ferner die Begründung eines sächsischen Landesverbandes der Industriellen und die Zusammenfassung der bayerischen Industriellen, die sich im nächsten Jahre voraussichtlich zu einem Bunde vereinigen dürfen, hervorzuheben.“

Der Bund ist nun eine Organisation politischer Natur, denn er hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch energische Thätigkeit auf die staatlichen Behörden und die Gesetzgebung im Interesse seiner Mitglieder einzuwirken. Daß die Organisation diese Aufgabe erfüllen will, ist auch in der zu Gunsten des Zuchthausgesetzes angenommenen Resolution ausgesprochen, indem der Vorstand beauftragt wurde, „an zuständiger Stelle“, d. h. bei der Regierung, vorstellig zu werden. Damit ist diese Unternehmerorganisation nach den Bestimmungen des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes in Preußen verboten. Es findet sich aber kein Staatsanwalt und keine Polizeibehörde, um dieser Organisation gegenüber die Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes zur Geltung zu bringen. Im Gegentheil, die Behörden lassen sich offiziell bei der Generalversammlung dieser das Gesetz offenkundig übertretenden Organisation vertreten. In dem offiziellen Bericht wird gesagt: „Von Vertretern der Behörden wohnen der Versammlung Geheimrath Wolfram (Reichsamt des Innern), Geheimrath Meuschel (Reichschatzamt) und Geheimrath Dr. Rheinius (Kaiserliches Patentamt) bei.“

Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, daß den Vereinigungen von Staatsbürgern das Recht zusteht, die Organisation nach ihrem Belieben zu gestalten und darin alle Angelegenheiten zu erörtern, welche ihnen wünschenswerth erscheinen. Wir müssen aber fordern, daß die Arbeiterorganisationen genau so behandelt werden, wie die Organisationen der Unternehmer. Es ist mit den einfachsten Rechtsgrundsätzen unvereinbar, daß eine Organisation deswegen das Gesetz übertreten kann, weil sie aus Unternehmern zusammengefaßt ist, während der anderen aus Arbeitern bestehenden Organisation gegenüber die Gesetzesbestimmungen auf's Heftigste durchgeführt werden. Hat der Berliner Polizeipräsident, der in den letzten Jahren die Gewerkschaften gezwungen hat, Statut und Mitgliederverzeichnis der Behörde einzureichen, dasselbe auch dem Bund der Industriellen gegenüber gethan?

Ist dies nicht geschehen, so ist damit erwiesen, daß der Berliner Polizeipräsident die Bestimmungen des Vereinsgesetzes verschieden anwendet, je nachdem, ob es sich um Arbeiter- oder um Unternehmerorganisationen handelt. Ist aber von dem Bund der Industriellen das Statut eingereicht worden, so übertreibt dieser Bund unter Zustimmung des Polizeipräsidenten das Gesetz, denn die Thätigkeit des Bundes kann dem Polizeipräsidenten doch nicht unbekannt sein. Wenn schon heute eine solche Bevorzugung der Arbeitgeberorganisationen stattfindet, was soll dann erst werden, wenn wir das Zuchthausgesetz erhalten? Den Arbeit-

tern soll man unter solchen Umständen aber nicht erzählen wollen, daß Recht und Gerechtigkeit gegenüber allen Staatsbürgern in gleichem Maße gelten.

Die Zuchthausvorlage auf dem national-sozialen Vertretertag.

Professor Lujo Brentano in München hielt auf dem kürzlich in Göttingen abgehaltenen national-sozialen Vertretertag einen Vortrag über das Koalitionsrecht. Redner betonte, daß er keiner Partei angehöre, aber er hätte sich der Aufforderung Pfarrer Naumanns und Professor Sohms nicht entziehen wollen, denn die national-soziale Partei zeichnet sich dadurch aus, daß sie nicht unmittelbar den Interessen einer Erwerbsgruppe dient und außerdem habe sich auch Redners ganze Lebensarbeit der in Rede stehenden Sache gewidmet. Deutschland ist seit dreißig Jahren mit an die erste Stelle gerückt, in politischer, aber auch in wirtschaftlicher Beziehung. Nun auf einmal soll die Arbeiterschaft gefährlich geworden sein, die doch mitgewirkt hat am Aufschwung der Technik und des Handels. Sie soll unter ein Ausnahmengesetz gestellt werden, das ihre Emporentwicklung unmöglich macht. Noch niemals ist die deutsche Arbeiterschaft so einmütig gewesen, das Gesetz abzuweisen. Die evangelischen Arbeitervereine und die katholischen und die liberalen Arbeiter wehren sich ebenso wie die Gewerkschaften gegen das Gesetz. Unsere Aufgabe ist es, die Interessen der Arbeiter auch nach oben zu vertreten. Unser Arbeitsrecht leidet an einer schreienden Unwahrheit. Der Arbeitsvertrag wird einseitig festgesetzt. Jeder Verkäufer zieht sich vom Markte zurück, wenn seine Waare keinen Preis hat. Der Arbeiter kann seine Waare, Arbeitskraft nicht zurückziehen, denn er muß von ihr leben. Darum hat sich der Arbeiter koalirt, er zahlt Beiträge in eine Reservekasse, damit er in gewissen Fällen Unterstützung empfängt. Nun erst kann der Arbeiter sich auch einmal im Verlauf seiner Waare Beschränkung auferlegen. Im § 152, I sind die früheren Verbote der Verbindung der Arbeiter behufs Erlangung besserer Lohnbedingungen, namentlich durch Arbeitseinstellung, aufgehoben. Doch damit ist die Koalitionsfreiheit noch nicht geschützt. Die Gesetzgebung hat die früheren Verbote nur unvollkommen beseitigt. Es sind neue Strafbestimmungen hinzugefügt, die die Ausübung der Koalitionsfreiheit erschweren. Man kann sagen, im Prinzip haben die Arbeiter die Koalitionsfreiheit, aber wenn sie davon Gebrauch machen, werden sie bestraft. (Sehr richtig!) Die Arbeiter müssen umfassend organisiert sein, wenn sie etwas erreichen wollen. Die Organisation darf nicht nur auf einen einzelnen Betrieb beschränkt sein, denn das wäre ungenügend. Die Organisation muß das ganze Reich umfassen. In einzelnen deutschen Staaten fallen die Berufsorganisationen noch unter das Verbot der Verbindung politischer Vereine. Der Reichskanzler hat feierlich die Aufhebung dieses Verbots versprochen, aber sein Versprechen nicht eingelöst. Absatz 2 des § 152 bestimmt, daß der Rücktritt von Vereinigungen jener Art freizieht ohne Frage. Dies ist eine Anomalie, denn der rechtliche Schutz für den Zusammenhalt einer Organisation fehlt auf diese Weise. Die Organisationen können nur moralischen Druck ausüben, aber auch diesen läßt das Gesetz nicht zu. Ueberall wird jeder für einen Schutz erklärt, der ein Versprechen nicht hält. So gilt es auch für unehrenhaft, wenn er zum Streikbrecher wird. Dies erkennen auch die Gerichte an und halten den Ausdruck Streikbrecher für keine Beleidigung. Und doch kann Jemand bestraft werden, der einen andern so behandelt, wie er es verdient. Als Jemand sagte: „Es ist nicht hübsch von Dir, anderen Arbeitern in den Rücken zu fallen“, wurde er zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt. (Hört, hört!) Verurtheilungen sind sonst allgemein. Auch Herr v. Stumm hat den Abgeordneten Köpcke im Reichstag öffentlich in Veruruf erklärt. Arbeiter aber dürfen keine Verurufserklärungen anwenden. Ein Arbeiter in Breslau wurde wegen der einfachen Mittheilung, daß auf diesen Bauten nur Streikbrecher arbeiten, zu Gefängnis verurtheilt! (Hört, hört!) Das Strafgesetz kennt keine Strafe für eine Drohung in einer Sache, die erlaubt ist. Ein Arbeiter aber kann bestraft werden, wenn er zu einem Arbeitswilligen sagt: Ich spiele nicht mehr mit Dir Stat! oder: Meine Tochter soll mit Dir nicht mehr tanzen! Fälle von 4 Wochen Gefängnis liegen vor dafür. (Hört, hört!) Die Innungen sollen Ständerechte und Ständeschre wahren und pflegen; sie können Winderheiten zwingen zum Beitritt. Das jütlische Urtheil wird also durch staatliche Maßnahmen gestiftet. Bei Arbeitern soll das nicht gelten. Wirkliche Verbrechen, die zur Wahrung berechtigter Interessen begangen werden, gelten als Milderung. Bei den Arbeitsverabredungen ist das nicht gültig. Arbeiter werden in solchen Fällen härter bestraft. Nur soll selbst das noch nicht genug sein. § 4 Absatz 3 der Zuchthausvorlage ist die einzige, allerdings selbstverständliche Verbesserung. Alle übrigen Paragraphen erhöhen die Strafen. Sogar das Streikpostenstehen wird streng bestraft. Bei einem Streik will der Arbeiter seine Waare besser verkaufen. Beide Theile wollen beim Streik dem andern Erlaß abschneiden. Arbeitgeber haben dies leicht. Sie kennen einander, sie halten Umfrage, sie haben schwarze Listen, sie ziehen Ausländer herbei. Bei den Arbeitern hängt der Erlaß von der Güte der Organisation ab. In England ist ein Postenstehen kaum mehr möglich, denn die Organisation ist überall verbreitet. In Deutschland, wo die Organisation schwach ist, muß Postenstehen erlaubt sein und die Presse muß warnen dürfen. Postenstehen heißt lediglich vom Thatschstand unterrichten. Das ist nichts Unberechtigtes. Im englischen Gesetz 1875 wird das Postenstehen von allen Strafen befreit. In Deutschland werden Arbeiter wegen Verkehrshörung bestraft, die sich vor Bahnhöfen auf Bänke setzten. (Weiter!) Die einfache Bekanntmachung in der Presse „Vor Zugung wird gewarnt“ wird bei uns bestraft. (Hört!) In der Vorlage wird ausdrücklich als grober Unfug das Streikpostenstehen bis zu einem Jahr bestraft. Arbeitgeber dagegen können straflos schwarze Listen verbreiten. (Hört!) Noch niemals gab es so schreiende Ungerechtigkeit. (Sehr wahr.) Dies alles „im Interesse der Arbeiter“. (Weiter!) Weiter: § 3 bedroht diejenigen, die es sich zum Geschäft machen, andere zum Streik zu verleiten, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten. Dies sind Gewerkschafts-

beamte. (Hört!) Arbeitgeber dagegen haben hochbezahlte Agenten. Gewerkschaftsbeamte könnten künftig nur noch gefährliche Individuen sein, die aus dem Gefängnis nicht viel herauskommen. (Sehr richtig.) Den Arbeitern wird auf diese Weise die Ausübung des Koalitionsrechtes vollständig unmöglich gemacht. Jeder Ausstand kann das Eigentum irgendwie gefährden. Graf Poladovsky hat von Gefahr der Rechtsgüter beim Streik gesprochen. Kurz, wenn man Arbeiter bestraft, weil sie sich weigern, zu gewissen Bedingungen zu arbeiten, so haben wir wieder die alte, echte Sklaverei. (Bewegung.) Sollte das Gesetz durchkommen, so ist das die größte Revolution von oben. Doch nicht nur fort mit dem Gesetz, sondern Reform des bestehenden Rechts, das ungerecht ist. Der Streik ist gewiß nicht gut. Man muß ihn zu vermeiden suchen. Jedes Gesetz muß den Thatfachen entsprechen. Welches sind die? Das Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Gleichberechtigung beim Arbeitsvertrag besteht. Dies ist in den laienhaften Verträgen der Arbeiter nicht mehr individuell, sondern gemeinsam. Die Arbeitgeber behandeln sie auch als Gesamtheit. Die gemeinsamen Interessen müssen als Gesamtheit mit den Arbeitgebern verhandelt werden. (Sehr richtig.) Mit einer Gesamtheit kann man aber nur verhandeln durch Vertreter. Diese Vertreter müssen die Garantie für die Gesamtheit übernehmen. Zwar besteht die Möglichkeit, daß die Streiks größer werden, über allgemeinere Gebiete sich erstrecken. Aber nur unorganisierte Arbeitermassen neigen zu regellosen Streiks. Das Schieds- und Einigungsverfahren dient zur Beilegung der Streitigkeiten. Die Gewerbebehörden können das nicht leisten, diese brauchen nur unparteiisch zu richten. Dagegen zur Beilegung des Streiks muß man Kenntnis des Marktes haben. In den Gewerbebehörden sind Männer aus verschiedenen Branchen. Diese haben natürlich keinen Ueberblick über jede Branche. Die gewünschten Einigungskammern müssen aus Arbeitern und Arbeitgebern der betreffenden Branche zusammengesetzt sein und kollektiv die Bedingungen vereinbaren. Diese können den Streik vermeiden. Dazu muß aber auch das Verbindungsverbot der Vereine aufgehoben werden. Folgende Resolutionen schlägt Referent vor:

1. Es ist dringend nötig, daß jene Gesetze, wonach in einzelnen deutschen Staaten Berufsorganisationen der Arbeiter als politische Vereine behandelt werden und ihnen die Verbindung unter einander untersagt ist, aufgehoben werden.
2. Ein neues Gesetz über Einigungsverfahren ist nötig, wonach das Einigungsamt aus Vertretern beider Parteien der unmittelbar am Streite beteiligten Gewerbe zu bestehen hat; auch soll das neue Gesetz den Behörden die Befugnis geben, ein Einigungsverfahren einzuleiten.
3. § 152, 2 der Gewerbeordnung ist zu beseitigen, dagegen soll der § 105 der Gewerbeordnung lauten: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist vorbehaltlich der durch die Reichsgesetze begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft. Eine solche kann nicht bloß von einem Gewerbetreibenden und einzelnen Arbeiter, sondern auch von Korporationen, von Gewerbetreibenden und von Korporationen von Arbeitern mit Wirkung für ihre Mitglieder rechtsverbindlich abgeschlossen werden. Wo immer eine Korporation von Arbeitgebern oder Arbeitern die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder vereinbart, besteht das Korporationsvermögen für die Erfüllung dieser Arbeitsbedingungen seitens ihrer Mitglieder.“
4. An Stelle des bisherigen § 153 der Gewerbeordnung ist zu bestimmen, daß alle Vergehen und Verbrechen, begangen von Arbeitgebern oder Arbeitern, um sie zur Teilnahme an Verhandlungen oder Berabredungen abzuhalten, nach Maßgabe der Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches bestraft werden sollen.

Mit einem Appell an das deutsche Kaiserthum, das nicht seine Aufgabe, die unteren Volksschichten zu schützen, vergessen möge, wie leider die Hohenzollern sie verkannt und damit den Niedergang Deutschlands im 13. Jahrhundert im Gegensatz zu England und Frankreich verschuldet haben, schließt der Herr Referent. (Beifall, lang anhaltender Beifall. Viele erheben sich von den Plätzen.)

Das Korreferat hielt Schriftführer Kuhlmann aus Hamburg. Er betont namentlich die wohlthätige Wirkung der Gewerkschaften und beruft sich darüber u. A. auf die amtlichen Aussagen der Fabrikinspektoren. Die national-soziale Arbeit sei vergeblich, wenn die Zwangsverträge durchkäme. Denn die Partei hätte gesagt zu den Arbeitern, habt Vertrauen zum heutigen Staat. Dies Vertrauen wurde aber durch die Vorlage vernichtet. Sie macht den Staat zum Klassenstaat. Auch Korreferent erhält beifälligen Beifall.

In der Diskussion verlangt u. Gerlach die Aufhebung aller die Frauen an der Organisation hindernden Bestimmungen. Im übrigen betont er, daß dieselben Vergehen bei Arbeitern ganz anders beurteilt werden als bei den besitzenden Klassen. Durchsprüngen des Nachwärtigen, Fenster einschlagen u. gelte bei Arbeitern als Unfug, bei Studenten als Mord.

(Schweiz) Sohm betrachtet den Antrag Gerlach als schon enthalten in den Venetianischen Resolutionen. Es sei zwar bestrebt, wenn das Gesetz sage, es beruhe die Freiheit des Arbeitswilligen, aber es müßte dem Einzelnen die Freiheit nicht. Die individuelle Freiheit hat nur Werth durch die Organisation, denn der Arbeitsvertrag muß gemeinsam geschlossen werden. Der Einzelne hat keine Macht, den Arbeitsvertrag durchzusetzen, und er hat kein Geld für sich. Die gemeinsame Organisation allein besitzt die Macht dazu und das Geld. Das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen will nicht nur persönlichen Schutz wie für jeden anderen Staatsbürger, sondern es will übertriebenen Schutz; dies ist falsch. Das neue Recht kann nicht gemacht werden. Das Recht muß wachsen aus dem Volksleben heraus; diese Erkenntnis ist sein Sarg. Die Arbeiter aber wollen das neue Recht nicht. Die gesamte Arbeiterklasse hat sich zu den Sozialdemokraten gestellt, dies der Erfolg. In ihrem Fruchtsoll ihr sie erkennen. (Sehr richtig.) Im 12. Jahrhundert war das Bürgerthum die Unparteilichkeit. Die Hohenzollern versuchten es zu unterdrücken. Es gelang nicht, aber das Kaiserthum ging daran zu Grunde. Die Justizauz-

vorlage wird darum, selbst angenommen, wie ein Schatten vergehen, aber für den Staat würde es ein Verhängnis werden, wenn sie vorübergehend Gesetz würde. (Allseitiger Beifall.)

Vom christlichen Metallarbeiterverband.

Die erste öffentliche Versammlung des neuen christlichen Metallarbeiterverbandes für den niederrheinischen und westfälischen Industriebezirk tagte am Sonntag, den 15. Oktober, in Duisburg. Etwa 1000 Personen aus den verschiedenen Städten des Industriegebietes hatten sich eingefunden. In den Einladungen zu dieser Versammlung sowie in den gehaltenen Reden beilegte man sich einer für uns ungewohnten Sprache. Von Bekämpfung der freien Verbände hörte man kein Wort. In dem zur Versammlung einladenden Flugblatt heißt es sogar, man wolle nur diejenigen sammeln, welche es als Gewissenssache betrachten, keinem anderen als dem christlichen Verband beizutreten. Erst als Buß-Duisburg für die freien Verbände eintrat, kam auf diese überhaupt die Sprache. Die christlichen Führer beschränkten sich aber — mit Ausnahme eines strebsamen Centrumsbüchleins-Redakteurs, der u. A. auch die „Met.-Ztg.“ als durch und durch atheïstische Agitation treibend bezeichnete — darauf, zu beweisen, daß wegen der parteipolitischen und antireligiösen Agitation, die in den freien Gewerkschaften getrieben würde (wo?), die christlichen Organisationen nothwendig seien, um überhaupt die Arbeiter alle zur Vereinigung heranzuziehen.

Geleitet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden des Verbandes, Wieber-Duisburg. Derselbe hob hervor, daß die Förderung religiöser und konfessioneller Fragen in den Vereinsversammlungen ausgeschlossen sei. Der Verband erstrebe die Vertretung der Arbeiter bei der Behörde, bei der Regierung und beim Parlament. Ferner sei eine Aufgabe des Verbandes die, für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten und Unterstützungskassen einzurichten. Das Eintrittsgeld ist auf 50 J. der Wochenbeitrag auf 10 J festgesetzt. Der Vorstand bestehe aus zwei Vorsitzenden und 10 Beisitzern.

Der eigentliche Referent, Arbeitersekretär Giesbert-M. Gladbach, ging auf die vom Vorsitzenden bereits berührten Punkte näher ein, erläuterte weiter das Programm der christlichen (interkonfessionellen) Organisationen, das auf dem Verbandstage in Mainz festgelegt wurde. Dann schilderte Redner die Verhältnisse in der Metallindustrie. Aenderung sei nur möglich durch starke Organisation, indem durch diese allgemeine Reformen geschaffen würden.

Prof. Hise als Ehrenredner machte einige Ausführungen, die alle Angriffe gegen die freien Verbände, nämlich, daß in diesen Parteipolitik getrieben würde, schon darum, weil die leitenden Personen Sozialdemokraten seien, über den Tausen werfen. Herr Hise bemerkte nämlich: Geplant sei eine Gewerkschaft, die ohne Unterschied auf den Glaubens- und Parteistandpunkt des Einzelnen, zur Vertretung der Standesinteressen, die christlichen Arbeiter vereinigen wolle. Es sei im gewissen Sinne irrig, zu sagen, die Gewerkschaft dürfe keine Politik treiben. Als Gewerkschaft dürfe sie das freilich nicht, dagegen müsse der Einzelne sich außerhalb der Gewerkschaft wohl mit Politik, besonders der wirtschaftlichen, beschäftigen. Auch spiele die Religion bei dieser Gewerkschaft eine Rolle, dieselbe solle nur christliche Männer umfassen. — Der Herr Hise nimmt hier für die christlichen Organisationen offen in Anspruch, was den freien Verbänden zum Vorwurf gemacht wird. Das bestätigt unsere Annahme, daß wenigstens bei gewissen Personen partei- und kirchenpolitische Rücksichten und Absichten die Förderung der christlichen Organisationen bestimmen.

In der eröffneten Diskussion versuchte Kaplan Braun-Borbeck nachzuweisen, daß in den freien Verbänden Partei- oder antireligiöse Politik getrieben würde. So sei in der „Bergarbeiterzeitung“ ein Feuilleton erschienen, durch das die Gefühle der christlichen Arbeiter verletzt würden. Der Sozialdemokrat Winterberg habe sodann auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover erklärt, daß der Niederrheinische Weberverband eine vorzügliche Miniarbeit für die Sozialdemokratie verrichte. Zweifellos würde in den freien Verbänden Politik getrieben, daß solches aber auch in christlichen Organisationen geschehen sei, würde Niemand nachweisen können. Aus angeführten Gründen könne für die freien Verbände seitens christlicher Männer keine Propaganda gemacht werden. Man habe dieselben aber auch nicht angreifen wollen, darum wäre ihre Erwähnung unterblieben.

Duwell-Spen trat Herrn Brauns entgegen. Er habe die einzelnen Reden nicht gehört, aber stehend auf den Text der Einladungen möchte er die Versammlung ermahnen, streng darauf zu achten, daß gehalten werde, was dort versprochen worden sei. Man solle aber auch verlangen, daß die Leute, die hier gesprochen und dazu auch in der Lage seien, ebenso für die Arbeiter in Schlesien eintreten, denn dort seufzten besonders auch die Metallarbeiter unter noch schmerzlicheren Verhältnissen wie hier. Herrn Brauns Bemerkung betr. die Tendenz sei sehr unglücklich und verfehlt. Aus der praktischen Thätigkeit der Verbände irgend etwas zur Begründung anzuführen, habe er gar nicht versucht. Auch könne er nicht nachweisen, daß im praktischen Theil der „Bergarbeiterzeitung“ Erörterungen, die aus dem Rahmen des rein Gewerkschaftlichen herausfielen, Raum fänden. Zudem habe die Redaktion erklärt, daß gegen ihren Willen — weil übersehen — das Feuilleton in der geringsten Form Aufnahme gefunden. Bezüglich der Hinweis auf den Niederrheinischen Weberverband. Dieser sei ja ein Konfessionsverband gegen die freien Organisationen und der Vorsitzende desselben gleichzeitig auch Vorsitzender des evangelischen Arbeiterverbandes. Dagegen sei zu bemerken, daß bei Gründung der christlich-sozialen Vereine kirchenpolitische Absichten maßgebend waren.

Obwohl Herr Brauns sich bei diesen Ausführungen wiederholt zum Wort meldete, zog er es vor, auf diese Sache nicht einzugehen, er nahm lieber gar nicht mehr das Wort. Herr Giesbert bemerkte nur, daß er absichtlich die freien Verbände in seinem Referat nicht berührt habe, weil er es im Interesse der Arbeiter für wichtig halte, sich in Versammlungen über die richtige Organisationsform zu streiten. Die christlichen Arbeiter gehörten in eine christliche Organisation, wer anderer Meinung sei, möge sich ruhig einer anderen Organisation anschließen.

Nachdem der überwachende Beamte erklärte, er würde die Versammlung schließen, falls noch weitere — sozialistische Reden gehalten würden, schloß der Vorsitzende dieselbe, brachte zuvor jedoch nachfolgende Resolution ein, die angenommen wurde: „Die Versammlung begrüßt die Gründung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes und empfiehlt den Metallarbeitern aller Konfessionen den Beitritt zu demselben. Zugleich erklärt sich die Versammlung gegen jegliche Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und verlangt im Gegentheil den weiteren Ausbau der Koalitionsfreiheit.“

Zur Lesere.

Ein günstiger Wind wehte dem „Vorwärts“ wieder einmal eine Anzahl Briefe auf's Pust, deren Kenntnignahme für die Arbeiter im Allgemeinen und die nicht organisierten Arbeiter im Besonderen wichtig ist. Vor Allem aber zeigt wieder der Briefwechsel, daß die hier brieflich mit einander verkehrenden Fabrikanten nicht danach fragen, welche politische oder kirchliche Anschauung der Eine und der Andere von ihnen besitzt; sie fühlen sich als Unternehmer, deren Klasseninteresse einen engen organisatorischen Zusammenschluß gebietet, um die Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen zu können. Der ruhige, nüchterne, geschäftsmäßige Ton der Briefe zeigt, daß sich die Briefschreiber ihrer Klassenstellung vollkommen bewußt sind und ganz selbstverständlich danach handeln. Wann werden die Arbeiter der verschiedenen Richtungen endlich begreifen, daß auch sie so handeln sollten?

Die Briefe lauten unter Weglassung der Namen und der Ortsbezeichnung:

6. Mai 18

Herrn & in

Der Lohnformer der bei mir in Arbeit gestanden, hat bei Ihnen Beschäftigung gefunden. Da derselbe zu den Streikenden gehört, welches Sie wohl in der Ihnen gesandten Liste übersehen haben, so ersuche ich Sie freundlichst, denselben zu entlassen und mich gütigst davon benachrichtigen zu wollen! (eine Doppelfirma) haben von den Streikenden trotz ihrer gegebenen schriftlichen Verpflichtung noch immer welche in Arbeit, ein solches Verfahren sollte man nicht für möglich halten.

Hochachtung

24. Mai 18

Werther Herr

Der Arbeitsmann welcher bei Ausbruch des Streiks von mir entlassen wurde, jetzt aber bei arbeitet, hat vor einigen Tagen bei mir in der Fabrik erzählt, daß sowohl als auch bei arbeiten. Dieselben haben bei mir gearbeitet; ob dort arbeitet, weiß ich nicht bestimmt, aber es ist sehr wahrscheinlich. Wenn behauptet, es sei ihm gestattet worden, zu behalten, so ist mir nichts davon bekannt, jedenfalls erheischt es jetzt seine Ehre, sowohl diese (folgen die Namen der Arbeiter) als auch noch etwa andere Streikende unter den bei ihm arbeitenden Formern sofort zu entlassen. Mit Bruch seiner Unterschrift ist auch seine Ehre vermischt und Sie können Herrn diese Zeilen gerne vorlesen.

Bei arbeitet bestimmt seit längerer Zeit mein streikender Former Karl August, bei Mathias

Mit freundlichem Gruß Ihr

Bemerkenswerth in dem vorstehenden Briefe ist, wie der Schreiber die streikenden Former, die bei ihm früher arbeiteten, als ein Stück Eigenthum ansieht; mein streikender Former arbeitet dort und dort.

23. Juni 18

An die Direktion der hütte in

Wie es Ihnen wohl nicht unbekannt sein dürfte, brach in und vor etwa 14 Wochen ein Formereistreik aus, der auch heute noch nicht beendet ist. Es wurden Bedingungen in Betreff eines Minimallohnes von den Formern aufgestellt, die von Seiten der Fabrikanten nicht anzunehmen waren. Einer guten Organisation der Former standen die Fabrikanten durch keine nähere Verbindung geübt, ziemlich machtlos gegenüber. Wenngleich durch jetziges festes Zusammenhalten der Fabrikanten an einen Sieg der Former nicht zu denken ist, so haben wir dennoch aus diesem Streik die Lehre gezogen, daß nur durch ein festes Zusammenhalten der Fabrikanten selbst unberechtigte Forderungen im Reime erstickt werden können.

Und nun meine Bitte. Die Gründung eines Vereins der hiesigen Eisengießereibesitzer resp. Fabrikanten ist beschlossene Sache. Da nun Sie bereits seit vielen Jahren einem in dortigen Kreisen festgelegten Verein angehören, so ersuche ich Sie höflichst, mir die Statuten dieses Vereins senden zu wollen. Es ist so wünschenswerth, eine Vorlage zu haben, die sich anderweitig bewährt, hier zu Grunde gelegt und den etwa verschiedenen Verhältnissen angepaßt werden kann.

Indem ich Ihnen im Voraus für Ihre Freundlichkeit meinen besten Dank sage, bitte ich Sie schließlich noch, mir die Statuten recht baldigst senden zu wollen, da am nächsten Dienstag über die Statuten unseres neuzugründenden Vereins beraten werden soll.

Mit Hochachtung

Herrn in

Ein in und bereits seit 14 Wochen andauernder Formereistreik veranlaßte mich, am 23. ds. an die Direktion der Hütte die Bitte zu richten, mir die Statuten des Vereins deutscher zu schicken. Ich ersuche nun gestern von dort, daß Sie der Vereinsleiter des Vereins deutscher sind und wohl die Güte haben würden, mir die Statuten zu schicken. Zur Regelung unserer Streitangelegenheit dürfte sich der Eintritt der hiesigen Eisereien in den Verein deutscher gewiß empfehlen, um dann Verhandlungen zu pflegen, denn nur bei einem ganz

Allgemeinen einigen Vorgehen läßt sich erfolgreich Stellung zu Mißständen in unserem Gewerbe nehmen.

Bitte, mir die Statuten umgehend senden zu wollen, wofür ich Ihnen bestens danke.

Sodachstend

29. Juli 18...

Werther Herr

Um etwaige irrtige Auslegungen in Betreff Wiederaufnahme der Arbeiter durch meine Firma richtigzustellen, erlaube ich mir, Ihnen Folgendes mitzutheilen: Vorläufig treten morgen 8 meiner alten Formner unter den von den hiesigen Fabrikanten erlassenen Bedingungen bei mir wieder in Arbeit.

Ich habe die Arbeit aufgenommen, weil ich eine längere Schädigung meines Geschäfts nicht stattgeben kann. Während meine Herren Kollegen vollauf während des Streiks beschäftigt gewesen sind, bin ich bis jetzt der allein Beschädigte gewesen.

Ich bin mir bewußt, bei Wiedereinstellung meiner alten Formner in die Fabrik nur meine Pflicht meinem Geschäft gegenüber (d. h. doch sich selbst gegenüber) gethan zu haben, bin aber auch der Überzeugung, daß ich dadurch meine Herren Kollegen nicht schädige.

Mit achtungsvollem Gruß

Soweit der Briefwechsel, aus dem namentlich die Arbeiter, die bisher der gewerkschaftlichen Organisation fern blieben, viel lernen können.

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Die Zahl der deutschen Metallarbeiter ist im raschen Steigen begriffen. Nach den Berichten der Berufsgenossenschaften waren versichert 1885/86: 412.000, 1898: 851.000 Metallarbeiter. Also eine Zunahme innerhalb 13 Jahren von über 100 Proz.

Table with 4 columns: Berufsgenossenschaften, 1885/86, 1898, and sub-columns for Prob. and davon (both for 1885/86 and 1898).

Table with 4 columns: Eisen- u. Stahl-B.G., Schlesi. Eisen- u. Stahl-B.G., Nordöstl. Eisen- u. Stahl-B.G., Nordwestl. Eisen- u. Stahl-B.G., Sächs.-Thür. Eisen- u. Stahl-B.G., Rhein.-Westf. Hütten- u. Walzwerk-B.G., Süddeutsche Eisen- u. Stahl-B.G., Rh.-Westf. Masch. u. Kleinereisen-B.G.

Unsere Kollegen können nun selbst bewundern, wie herrlich weit wir es gebracht. Wenn die schlesischen und rheinisch-westfälischen Bezirke sich so auszeichnen in der Höhe der Umsätze, braucht nur gesagt zu werden, daß hier der Metallarbeiterverband nur schwach Eingang fand.

Ein Warnungssignal gegen die fortgesetzten Preistreiberien der Unternehmerverbände und der weitgesteckten Spekulation erließ der Bevollmächtigte der Donnersmarktwerke, Herr Berggrath Lohr-Königsbütte, in der „Schlesischen Zeitung“.

Nicht nur die Königs- und Laurahütte, sondern fast alle deutschen Eisenhüttenwerke haben in dem letzten Jahrzehnt ihre Anlagen erweitert und erweitern sie noch weiterhin. Die hierdurch herbeigeführte bedeutende Vermehrung der Produktion ist ohne schädliche Wirkung, so lange der Eisenmarkt, wie gegenwärtig, eine ausreichende Aufnahmefähigkeit zeigt.

sch die obersteleische Montanindustrie auf dem Kulminationspunkte befindet.

Weiber hat uns die Erfahrung oft genug gelehrt, daß mit des Geschäftes Mächten kein ewiger Bund zu flechten ist und daß in der Industrie sieben fetten Jahren in der Regel nicht sieben, sondern viel mehr magere Jahre folgen.

Serr Lobe hat Recht. Wir wissen aber ein Mittel, die drohende Krise möglichst schmerzlos zu machen. Man erhöhe den Arbeitslohn anständig, dann erhöht sich die Kaufkraft der Massen, damit die Arbeitsgelegenheit der Industrie.

Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt wird berichtet, daß die Preise für Roheisen und Halbfabrikate auf das 2. Semester 1900 mit einer Erhöhung von 12 bis 15 % pro Tonne herausgekommen und die verfügbaren Mengen erheblich gegen den Begehr zurückgeblieben sind.

Ein neuer Fahrradtrust ist in Amerika entstanden. 44 der größten amerikanischen Fahrradfabriken haben unter der Firma „American Bicycle Company“ einen Trust gebildet.

Preise des Aluminiums. Seit der ersten fabrikmäßigen Herstellung des Aluminiums hat dessen Preis folgende Wandlungen durchgemacht:

Table with 2 columns: Year and Price pro Kg. Lists prices from 1855 to 1898 for various locations like Deville in Glacière, Morin in France, etc.

Die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands

Die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands fand in Hannover in der Zeit vom 15. bis 17. Oktober statt. Von den Verhandlungen können wir leider nur eine kurz gedrängte Uebersicht geben; doch geht aus denselben hervor, daß auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens unserer Genossen noch manche Arbeit harret.

Ueber die Ergebnisse der internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis und venerischen Krankheiten zu

Brüssel berichtete Dr. Richard Otte. Auf dem Kongress beschäftigte man sich in erster Reihe mit der Prostitution, deren Reglementierung und Kasernierung. Es wurde anerkannt, daß die den Arbeiterinnen gezahlten Hungerlöhne zur Vermehrung der Prostituirten beitragen.

Dr. Friedberg sprach über die Fürsorge für die Krankenkassenmitglieder und betonte, daß die Krankenkassenbewegung eine proletarische sein müsse. Der proletarische Kranke dürfe nicht schlechter gestellt sein, wie jeder andere Kranke.

Zum 5. Punkte der Tagesordnung: Die Beziehungen zwischen Krankenkasse und Arbeitsnachweis, referirt Dr. Jastrou, der besondere Arbeitsnachweise für krank Gewesene befürwortet.

Der Antrag Rottbus, den § 60 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes dahin abzuändern, daß Betriebskrankenkassen von den Arbeitgebern nur mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der in Frage kommenden Versicherten gegründet werden können, wurde angenommen.

Der Antrag Rottbus, den § 60 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes dahin abzuändern, daß Betriebskrankenkassen von den Arbeitgebern nur mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der in Frage kommenden Versicherten gegründet werden können, wurde angenommen.

„Der hohe Reichstag wolle dem auf gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl und Honorierung der ärztlichen Einzelleistung gerichteten Bestreben des deutschen Arztetages seine Genehmigung versagen.“

Würg-Stuttgart befürwortet den von dem Stuttgarter Ortskrankenkassenverband gestellten Antrag, die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium an sämtlichen Bundesuniversitäten, sowie die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Beruf im Interesse der vielen in den Krankenkassen befindlichen weiblichen Personen betreffend.

„Bei dem Bundesrath vorstellig zu werden, möglichst bald die Behandlung der Frage betreffs Anstellung von im Ausland approbirten Ärztinnen als Kasernenärztinnen für das Reichsgebiet herbeizuführen.“

Die Anträge werden angenommen. Von den Beschlüssen soll dem Bundesrath wie dem Reichstag Mittheilung gemacht werden.

Im Auftrag der Freien Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl befürwortet Dähne-Berlin mehrere Anträge zum Unfallversicherungsgesetz.

Als Ort für die nächste Jahresversammlung wird Nürnberg gewählt. Aus der Debatte ergibt sich, daß Nürnberg deshalb gewählt ist, um auf die ständischen Versicherungsverhältnisse in Bayern einzuwirken.

Eine weitere Anzahl Anträge behandelt eine Reihe interner organisatorischer Fragen, vor Allem das Vorgehen gegen meldefähige Arbeitgeber.

Mit den üblichen Vantreden schlossen die Verhandlungen.

Zur Neunstundebewegung der Berliner Metallarbeiter.

Weitere 280 Mann der Motorfahrzeug- und Motorenfabrik Altmann & Co., Marienfelde-Berlin befinden sich im Ausstand. Die Gründe der Arbeitsniederlegung sind folgende: In dem Betriebe existiren Kontrollen, welche von den dort beschäftigten Arbeitern zur Regelung der Kontrolle beim Ein- und Ausgange aus der Fabrik gestochen werden müssen.

Ich die Abstimmung ergab, wir dürfen uns nicht sehen lassen. (Vielleicht fürchtete man unsere „Dolche“.) Vorher wurde uns schon gesagt, Herrn Glos dürfen wir aber nicht „anfassen“, denn er handle im „Geschäftsinteresse“.

Corgan. In der bekannten Maschinenfabrik Braun und Sohn wurden am 20. Oktober plötzlich 6 Schlosser entlassen. Sie hatten das Verbrechen begangen, am 9. Oktober Nachmittags einen Geburtstag zu feiern. Herr Braun übergab den Schlossern ihre Papiere, den Lohn in Höhe von über 90 M aber nicht. Schon vor 10 Wochen hat Herr Braun etwa 60 M eingehalten — diesmal ist er aber an die Unrechten gekommen und verklagt worden.

Schmiede.

Eplingen. Am 21. Oktober fand in der „Neuen Welt“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die sich mit dem Streit der Schmiede bei der Firma Die beschäftigte. Welch große Sympathie von Seiten der gesamten Arbeiterschaft den Streikenden entgegengebracht wird, zeigte der starke Besuch der Versammlung. Kollege R. gab Bericht über den Verlauf der Versammlung. Kollege S. gab Bericht über den Verlauf der Schmiede, daß durch die Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters Mühlberger eine Einigung zu Stande kommen werde, würde gründlich getäuscht und sind die Ausständigen zu der Einsicht gekommen, daß sie nur durch eigene Kraft siegen können.

Feilenhauer.

Brandshweig. Eine Veränderung ist in unserem Streit nicht eingetreten. Die Zahl der Streikenden hat sich um 8 Mann verringert. Wären die Meister immer so einig gegen ihre Kunden, wie sie es jetzt gegen die Gehilfen sind, so hätten die Unternehmer längst höhere Löhne zahlen können. Hätte früher ein anderer Meister seine Feilen bei Siebers auf der Maschine häuten lassen wollen — wie wäre der abgeblüht! Doch jetzt, da die Herren den Arbeitern etliche Pfennige mehr zahlen sollen, herrscht Einigkeit. Auf die Dauer wird die Arbeit so nicht fertig zu stellen sein, da an der Maschine im Maschinenhau nicht bewanderte Leute thätig sind. Des Kuriosums halber sei mitgeteilt, daß sich eine arbeitswillige Frau gefunden hat, die bei der Firma Siebers wohnt. Hauen kann dieselbe nicht und auf welche Art sie der Firma aus der Klemme helfen soll, weiß nur Herr Siebers. In dem letzten Bericht muß die eine Firma Damann nicht Dämmen heißen.

Letzte Nachrichten.

Cannstatt. Bei der Firma Wilhelm Grupp legten 40 Mann die Arbeit nieder. Bezug ist fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

Abrechnung

des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern für das 3. Quartal 1899.

Einnahmen	M	S
Juli 1. Kassenbestand		62
Zuschüsse: Vom Verbandsvorstand	1400,00	
Von der Ortsverwaltung Berlin	250,00	
Lichtenwalde 10,00, Mathenow 19,00	29,00	
Schwiebus 1,80, Neubamm 1,50	2,80	
Berschau 6,00, Finsterwalde 4,00	10,00	
Eberswalde 0,95, Brandenburg 50,00	50,95	
Fürstenthal 9,00, Cassen 6,00	15,00	
	1757	80
Auf Raimarken: Stettin	29,25	
Potsdam 3,00, Schwiebus 2,50	5,50	
Hustau 3,75, Rowawes 7,50	11,25	
Steglich 11,50, Rauhhammer 1,50	13,00	
	59	00
Auf Beitragsmarken zum Agitationsfond:		
Wenden 2,80, Eberswalde 0,80	2,80	
Potsdam 1,20, Schwiebus 3,00	4,20	
	6	80
	2011	22

Ausgaben	M	S
Drucksachen und Inserate		
per Juli	4,90	
August	50,85	
September	7,60	
	63	35
Fahrtgelber u. Diäten f. Versammlungen ic.		
per Juli	438,80	
August	191,40	
September	262,25	
	891	95
Porto und Schreibmaterial		
per Juli	25,10	
August	12,02	
September	16,46	
	53	58
Gehalt des Vertrauensmannes	495	00
Diverse Unkosten		
Zuschuß nach Landsberg	10,00	
Zettelvertheilen	4,00	
Umzugskosten	2,00	
Kassenrevision	1,50	
Zeitverräumniß vergütet	3,00	
Reinigungsabonnement	7,10	
Unfallversicherung	12,50	
	40	10
Kassenbestand am 30. September	467	24
	2011	22

Berlin, 25. Oktober 1899.

Der Vertrauensmann: **J. Kehlack.**

Vorstehende Abrechnung geprüft und für richtig befunden, Belege, Kassen- und Markenbestände gesehen.

Die Revisoren:

Wilh. Freythal. Paul Kuma.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, vorstehende Abrechnung genau zu prüfen und etwaige Irrthümer umgehend an die Adresse: **Deutscher Metallarbeiter-Verband, Berlin, Annenstraße 39**, zu melden.

An die Verwaltungen des D. M.-V. in Nordbayern.

In der am 25. Oktober stattgefundenen Sitzung der Agitationskommission wurde Kollege Högner zum Vorsitzenden und Hößling zum Kassierer wieder gewählt.

Briefe und Anfragen sind zu richten an Philipp Högner, Neuegasse 44.

Geldsendungen sind zu richten an Georg Hößling, Guggelstraße 50/II.

Rundschau.

Wer terrorisiert? Unter dem Buchstabensturz von heute wird mit allen möglichen Mitteln nachzuweisen gesucht, daß die Organisationen der Arbeiter nur dazu da sind, die Unternehmer zu terrorisieren. Wo aber der Terrorismus zu suchen ist, mag nachfolgendes Beispiel beweisen: In Düsseldorf besteht zwischen der Silberwaarenfabrik Franz Bahner, Inh. Günther & Nagel und den vereinigten Silberwaarenfabriken Gebr. Bahner ein Vertrag, wonach bei Konventionalstrafe keine Firma von der anderen Arbeiter einstellen darf. Kommt nun ein Silberarbeiter nach Düsseldorf, der keine Erlaubnis von diesem Vertrag hat, so ist derselbe, der Firma, die ihn engagiert hat, auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert, da ihm am Plage keine Gelegenheit geboten ist, sich zu verändern. Was sollte denn auch eine derartige Abmachung für einen anderen Zweck haben, wenn nicht dabei beabsichtigt wäre, die Arbeiter durch solche Mittel gefügig zu machen. So ist u. A. ein fremder Kollege, welchem die günstigsten Vorbedingungen gemacht und die Vergütung des Reisegeldes zugesichert wurde, nach kurzer Zeit wieder entlassen worden, jedoch mit Verweigerung des schriftlich versprochenen Reisegeldes und zwar unter der Angabe, daß seine Kräfte nicht ausreichten. Dies zur Kenntniß der Kollegen, die event. geneigt sein sollten in Düsseldorf Stellung zu nehmen.

Wenn zwei Berufsgenossenschaften sich darüber streiten, welche von ihnen einen rentenberechtigten Unfallverletzten zu entschädigen hat, dann thut der Verletzte am besten, gegen jede der beteiligten Berufsgenossenschaften bis zur letzten Instanz vorzugehen. Der folgende Fall beweist, wie leicht Jemand, der nicht danach handelt, um die ihm zweifellos zustehende Unfallrente kommen kann. Der Malzfabrikant Wagen in Branig ließ in seiner Malzerei von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft eine elektrische Anlage herstellen. Die Elektrizitätsgesellschaft entsandte nur einen Monteur, während Herr Wagen vertraglich verpflichtet war, diesem mehrere seiner Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Diese Hilfskräfte ließ Wagen von seinem Obermälzer Zimmermann überwachen. Zimmermann hatte außerdem dem Monteur zu zeigen, in welcher Höhe die Leitungen ic. anzubringen seien. Hierbei verunglückte der Obermälzer. Er beanspruchte von der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Genossenschaft lehnte den Anspruch mit der Begründung ab, daß Zimmermann am Unfalltag in den Betrieb der Elektrizitätsgesellschaft übergetreten gewesen wäre. Nicht sie, sondern die Feinmechanik-Berufsgenossenschaft sei deshalb zur Rentengewährung verpflichtet. Zimmermann ließ diesen Bescheid rechtskräftig werden und wandte sich nunmehr an die Berufsgenossenschaft für Feinmechanik. Aber auch diese erklärte sich nicht für verpflichtet. Gegen ihren ablehnenden Bescheid legte J. ohne Erfolg die Berufung und endlich den Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein. Das Rekursgericht erkannte ebenfalls zu seinen Ungunsten, indem es von folgenden Erwägungen ausging: Wenn auch die Arbeit der Elektrizitätsgesellschaft übertragen gewesen sei, so sei doch noch nicht daraus zu folgern, daß der Kläger in ihren Betrieb übergetreten sei. Zweifelloso habe sich der Malzfabrikant die Verfügungsgewalt über seine bei der Montaa- heischäftigten Leute nicht

vergeben wollen und können. Ebensovienig wie die Hilfsarbeiter bei Zimmermann für die Dauer der Montage Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft geworden.

Wo eine solche Behandlung verunglückter Arbeiter möglich ist, da verlangen die Kapitalisten in ihrer Dummheit, daß die Arbeiter in eitel Wonne über die „Segnungen der Sozialreform“ Purzelbäume schlagen und sich in Hurrapatriotismus überheben sollen!

In Kreuzot, dem Machtbezirk des französischen Königs Stumm, Schneider, scheint ein neuer Kampf im Ausbruch zu sein. Wenigstens weiß die „Petit Republique“ unterm 27. Oktober aus Kreuzot zu melden, daß die Lage neuerdings eine sehr ernste sei. Schneider habe, trotz seines abgegebenen Ehrenwortes keine Syndikatsarbeiter zu maßregeln, 14 Mann entlassen. Der Syndikatsrat wandte sich sofort telegraphisch an die Regierung. Es ist begreiflich, wenn unter solchen Verhältnissen bei den Arbeitern eine große Wägrung herrscht.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 4. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kapitalistische Dietrade. — Der Parteitag in Hannover. Von R. Kautsky. — Ursprung der Idee des Guten. Von P. Lafargue. (Fortsetzung.) — Die sozialistische Parteibewegung in den Vereinigten Staaten. Von E. Diezgen (Chicago). — Vom „wahren“ Marxismus. Von Franz Mehring. II. — Feuilleton: An der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Knauer.

In Freien Stunden, Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Preis pro Heft 10 Pfg.). In Heft 40 beginnt der psychologische Roman „Vergeltung“ von Hector Malot. Zum Abschluß des Halbjahres folgt dann „Magdalene Dornis“, ein moderner Roman von Felix Holländer, der das Problem des sinnlichen, von seiner Leidenschaft schrankenlos beherrschten Weibes behandelt. Neben dem Roman enthalten die Hefte: Tessiner Abderitengeschichten; Spaz und Späzin, ein Gedicht; Dies und Jenes; Witz und Scherz. Wir können unseren Lesern diese Romanbibliothek auf das Wärmste empfehlen. Jeder Kolporteur nimmt Bestellungen darauf entgegen.

Im Verlage von Gerhard Rahnemann in Dresden ist erschienen:

Kalender für Maschinen-Ingenieure 1900. (Redaktion W. S. Uylant.) 26. Jahrg. 2 Theile mit Beilage (3. Teil): Die wichtigsten Bestimmungen aller Patentgesetze des In- und Auslandes. In Leinwandband 4 M, in Lederband 5 M, in Brieftaschenleiderband 6 M Ohne Beilage: 3, 4, 5 M Ferner:

Kalender für Betriebsleitung und praktischen Maschinenbau 1900. (Redaktion Hugo Guldner.) 8. Jahrgang. 2 Theile. In Leinwandband 3 M, in Brieftaschenleiderband 5 M Ferner:

Deutscher Schlosser- u. Schmiedekalender 1900. (Redaktion Alf. Schubert.) 19. Jahrg. In Leinwandband 2 M, in Brieftaschenleiderband 4 M

Lexikon der Metall-Technik. Handbuch für alle Gewerbetreibenden und Künstler auf metallurgischem Gebiet. Enthaltend die Schilderung der Eigenschaften und der Verwertung aller gewerblich wichtigen Metalle, deren Legierungen und Verbindungen. Unter Mitwirkung von Fachmännern redigiert von Dr. Josef Versch. Das Werk erscheint in 20 Lieferungen zu 30 Kr. = 50 S = 70 Gr. Die Ausgabe erfolgt in vierzehntägigen Zwischenräumen; bisher 15 Lieferungen erschienen. Auch in zwei Halbbänden geh. à 3 fl. = 5 Mk. = 7 Fr.; oder in einem eleg. Halbfranz gebunden 7 fl. 50 Kr. = 12 Mk. 50 Pfg. = 16 Fr. 70 Gr. schon konpeler zu haben. (U. Hartleben's Verlag in Wien.)

Dieses großartig angelegte Werk liegt nunmehr in der Bandausgabe bereits vollendet vor. Da es keinen Zweig der Metall-Technik gibt, der in diesem Buche nicht ausführlich geschildert ist, in welchem auch der unbedeutendste in das Gebiet der Metall-Technik gehörende Gegenstand besprochen ist, so erfüllt dieses Werk seine Aufgabe: Jedem, der sich mit der Bearbeitung von Metallen beschäftigt, ein gründlicher und verlässlicher Führer zu sein, in musterbildiger Weise.

Briefkasten.

H. Nürnberg. Der Bericht über die nordbayerische Konferenz erscheint in nächster Nummer.

O. G., Hannover. Das sind Privatangelegenheiten; sehe sich Jeder vor, daß er nicht betrogen wird.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung werden Aufnahmen entgegen genommen und können Beiträge entrichtet werden.

Altenburg. Sonnabend, 4. November. Abends halb 9 Uhr, im „Liwol“.

Altona. Mittwoch, den 8. November, bei Christiansen, Blumenstraße. Vortrag über das Arbeitersekretariat und Beschäftigung über Aufbringung der Beiträge.

Beruburg. Sonnabend, 11. November, Steinstr. 4.

Barmen. Sonnabend, 11. November, Abends halb 9 Uhr.

Cannstatt. Samstag, 4. November, Abends 8 Uhr, im „Ruffischen Hof“. — Vortrag. — Wahl eines Kassierers — Ausflug. — Zur Kontrolle sind sämtliche Mitgliedsbücher abzugeben.

Cannstatt. (Sektion der Former.) Samstag, den 4. November, Abends 8 Uhr, bei Witwe Bäuerle, Hallstr.

Haldersdorf. (Sektion der Former.) Jeden 2. Montag im Monat, Abends 8 Uhr bei G. Ehlers, Neu-Haldersdorf.

Essen. Sonnabend, 4. November, Abends halb 9 Uhr, bei Ellenbergs. Wahl eines Kassiers. — Abrechnung vom 3. Quartal. — Kartellbericht.

Breslau u. Mng. Mittwoch, 8. November, Abends 9 Uhr, im „Trion“. Vortrag über: „Elektrizität und Kulturfortschritt“. Referent Dr. Bruno Borchert aus Charlottenburg. Vertikalt- sowie andere gewerkschaftliche An- gelegenheiten. Eintritt frei. Minderjährige Kollegen haben Zutritt.

Wiesbaden. Sonnabend, 4. November, Abends 8 Uhr, bei Wäcker. Wichtige Tagesordnung.

Hesseln. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, 5. November, Nachmittags 4 Uhr, bei Schläner.

Wiesbaden. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, den 12. November.

Hesseln i. S. Sonnabend, 11. November, Abends halb 9 Uhr, in der „Kudenterrasse“.

Essen. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 11. Novbr., bei Meise, Kasparienallee 68.

Erfurt. (Allgemeine.) Sonnabend, 11. November, im „Gasthaus zum Gotthardt“, Gotthardtstraße 46.

Frankenthal. Samstag, 4. November, Abends halb 9 Uhr, bei Wargand, Welschgasse 33. — Abrechnung vom Stiftungsfest. — Bericht von der Gewerbegerichtsbeisitzer- Konferenz. — Wahl des Delegierten zur Arbeiterschutts- Kommission. — Interne Verhandlungsangelegenheiten.

Wiesbaden. Unsere Versammlungen finden verschiedener Umstände halber jeden zweiten Samstag im Monat. Abends 8 Uhr, Lokal: „Felsenkeller“, Waisburg.

Wiesbaden. Sonnabend, 11. November, Abends halb 9 Uhr, bei Dielemeier, Vereinsstraße.

Wiesbaden. Sonnabend, 11. November, Abends halb 9 Uhr, in der „Erholung“. Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle abzugeben.

Wiesbaden. (Feilenhauer.) Sonntag, 4. November, Vormittags 10 Uhr, in der „Deutschen Eiche“ bei Emig.

Wiesbaden. Samstag, den 11. November, kombinierte Versammlung im „Europäischen Hof“, Waldhornstraße 22. Vortrag. — Abrechnung vom Stiftungsfest.

Wiesbaden. (Sektion der Blechner u. Installateure.) Samstag, 4. November, Abends 8 Uhr, in der „Wacht am Rhein“, Gartenstraße 2.

Wiesbaden. (Allgem.) Mittwoch, 5. November, Abends halb 9 Uhr, bei Meyers, Alte Reihe 8. — Vortrag von Kollege Wiffel.

Wiesbaden. Jeden Sonntag vor dem 15. eines Monats.

Wiesbaden. (Sektion der Feilenhauer.) Am 11. November, bei Straßner, Vangestraße 2.

Wiesbaden. Samstag, 11. Novbr., Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Marktstraße.

Wiesbaden. Die Mitgliederversammlung am 5. Novbr. fällt aus.

Wiesbaden. Sonnabend, 4. November, Abends halb 9 Uhr, in der „Quelle“.

Wiesbaden i. S. Sonnabend, 4. November, Abends 8 Uhr, in Freudenbergs Restaurant, 1. Kreppe.

Wiesbaden. (Allg.) Samstag, 11. November, Abends halb 9 Uhr, im „Café Merz“, Brechtelgasse. Vortrag: „Quousque tandem!“ Referent: Kollege Hubold.

Wiesbaden i. S. Am 11. November im „Vergschlößchen“.

Wiesbaden. Am 11. November, Abends halb 9 Uhr, im „Carolabad“.

Wiesbaden. Branchen-Versammlungen finden statt: Glasschleifer, 11. November, Abends halb 9 Uhr, bei F. Heffeld, Jägerstraße 12. — Schlosser- u. Maschinenbauer, 11. November, Abends halb 9 Uhr, bei A. Schulz, Jägerstraße 23. — Einschleifer, 18. November, Abends halb 9 Uhr, bei F. Heffeld, Jägerstraße 14.

Wiesbaden. Sonnabend, 11. November, bei Schreiber, Feldstraße.

Wiesbaden. Unsere Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat statt. Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder alle Sonnabende von 8—10 Uhr im „Goldenen Kopf“, Moltkestraße.

Wiesbaden. Jeden zweiten Sonntag im Monat.

Wiesbaden. Sonntag, 12. November, Abends halb 9 Uhr, bei Wianze Kotterheidt, Neustraße 26.

Wiesbaden. Jeden zweiten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr. Näheres in der „Frankf. Volksstimme“.

Wiesbaden. Sonntag, 5. November, Nachm. 3 Uhr, im Restaurant Torf.

Wiesbaden. Diejenigen Kollegen, bei denen Ende dieses Jahres die Mitgliedsbücher ablaufen, werden ersucht dieses umgehend beim Bevollmächtigten zu melden.

Wiesbaden. Sonntag, 5. November, Langensprung nach Münster in den „Schwanen“.

Wiesbaden. Der Feilenhauer Max Schöberl, geboren zu Chemnitz, B. Nr. 22084 wird hiermit aufgefordert die Sammel- liste von dem Ballwischhauer Josef Arbeiterkreuzen G. Christian, Wölflingerstraße 28 zu senden.

Wiesbaden. Kassierer: Ferd. Wolf, Karlt. 5. Reise- geldanzahlung im „Alten Schwan“, Gotthardtstraße. An- fragen sind zu richten an Carl Albrecht, Barfüßer- straße 16, S. 1.

Wiesbaden. Meine Wohnung befindet sich von jetzt ab Remmerring 19/II. 2. Bed. Bevollmächtigter.

Wiesbaden. (Allg.) Unser gemeinschaftliches Winter- vergnügen findet am Sonnabend, 25. November im Lokale des Herrn Länge, Valentinsplatz 41, statt. Karten zu 30 J für Herren, Dame frei sind, bei den Organisationsstellen sowie an folgenden bekannten Stellen zu haben.

Wiesbaden. (Sektion der Blechner u. Installateure.) Unzeitlicher selbständiger Arbeitsnachweis im „Stadion“, Gartenstraße 4. Umgehenden streng verboten.

Wiesbaden. Sonntag, 5. November, Spaziergang nach Hofstraße. Zusammenkunft halb 2 Uhr beim „Rivol“, Klappergasse.

Wiesbaden. Anzeigebild wird von jetzt ab im Restaurant „Stadion“, Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

Wiesbaden. Samstag, 11. November, 8. Stiftungsfest, verbunden mit Theater und Ball. Programme sind bei den Unterkassierern zu haben.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bei Kollege Franz Wipreiter, T. 2, Nr. 6/III. Das Umschauen ist streng verboten.

Wiesbaden. Der Schlosser Adolf Marx, Buch-Nr. 278275, eingetreten am 3. Januar 1899 in Wiesbaden, wird aufgefordert seine Angelegenheit mit der Allg. Verwaltung zu Wiesbaden zu regeln.

Gestorben.

In Nürnberg der Former Johann Brunner, 20 Jahre alt, an der Proletariertkrankheit. — In Erfurt Edmund Büttner, 29 Jahre alt, an der Proletariertkrankheit.

Öffentliche Versammlungen.

Wiesbaden i. S. Sonnabend, den 4. November, Abends 8 Uhr, öffentl. Mitglieder-Versammlung im „Kronprinz von Preußen“. Vortrag eines Mitgliedes der Agitationskommission aus Breslau. — Neuwahl der Ortsverwaltung.

Wiesbaden i. S. Sonntag Vormittags in Pauls Lokal öffentliche Versammlung. Referent: Kollege Höhne- Breslau.

Wiesbaden. Sonntag, 12. November, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Gasthause zur „Stadt Berlin“. Referent: Kollege Leber-Jena, über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Metallarbeiter“.

Privat-Anzeigen.

Der Schlosser Hans Nielsen, geboren zu Kassel am 20. Oktober 1879, wird gebeten, seine Adresse sofort an seine Schwester Dora Nielsen, Hohenzollernstraße 58/II zu senden wegen Vormundschaft. Kollegen, die ihn kennen, werden ersucht, ihm dies mitzutheilen. [157]

Gesucht wird ein tüchtiger Schlosser zum Montieren von Transmissions-Anlagen von der Maschinenfabrik Adolf Zumann, Remmigen. [158]

Tüchtige Zingießer

somit gesucht (Dreher und Bantarbeiter). Otto Miksch, Breslau. [156]

Achtung!! Mechaniker!!

Wer fabriziert die Stahlfedern zu den so- genannten Selbstschlössern, welche als Sammelmappen und zu Comptoirzwecken Verwendung finden. Gebrauchte große Posten. Offerten unter N. E. 2406 an Rudolf Mosse, Leipzig sofort erbeten. [152]

Dreher

Drehermeister, Dreherlehrlinge, Schlosser u., welche die Konus- und Gewindeberechnung gründlich erlernen wollen, erhalten Prospekte kostenfrei. Feine Anerkennungen. — Wiederverkäufer erhalten Rettoppreislifte. [91] Ing. Joh. Siebichenslein-Halle a. S.

Arbeits-Anzüge

Maschinen, Seiler, Schlosser u.

echtartig, dauerhaft, praktisch.
 Pilot Ia # 6,50, bl. Leinen # 4,50,
 „ II „ 5,85, „ Gansleinen „ 4,—,
 „ III „ 5,50, „ Gansstuch I „ 3,50,
 „ III „ 4,75, „ Gansstuch II „ 3,20,
 Hosen in Molestin drapp, schwarz, bedruckt # 2,25, 2,70, 3,20, 3,80, 4,50, 5,00, 5,75, 8,50
 empfiehlt die Kleiderfabrik von

R. Postelt & Co., Seilhennersdorf i. S.

Bei Bestellungen von Jacken bitten die Oberweite, bei Hosen Seiten- und Schrittlänge angegeben. Bei Bezug von 10 # an franko gegen Nachnahme. Muster franko, Wiederverkäufern Rabatt. [105]



Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel

liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen u. Vereine. — Jean Nolze, Hamburg, Gr. Drabau 45. Verlag sozialistischer Bilder. Illust. Preislisten gratis und franco. Soeben erschien das neue Fraktionsbild der soz.-dem. Partei 1898. [40]

Neues Bürgerliches Gesetzbuch

nebst Einführungsgeß. Gültig vom 1. Januar 1900. Größter Massenartikel. 410 Seiten. Nur in Postpaketen von 25 Stück à 25 Pfg. per Nachnahme. [155] J. Schwarz & Co., Berlin C. 14.

Der Metallarbeiter.

Handbuch für Dreher und Schlosser, enth.: Anleitung zum Bohren, Drehen, Fraisen im Allgemeinen. Zum Konstruieren von Zahnrädern sowie die Berechnung zum Fraisen von Zahnrädern, Ueberlegungen von Riemenrädern und Vorgelegten; Berechnung zum Konisch Drehen und der Wechselräder zum Schneiden der Gewinde. Tabelle über alle ganz haren Gewinde u. c. zu beziehen durch

Gust. Haas, Köln-Ghrenfeld, Philippstraße 1.

Broschirt Mk. 1,35 in Briefmarken oder per Nachnahme Mk. 1,65. Bei 10 Stück ein Freieremplar. [154]

Lederhosenfabrikant

W. Ad. Langer, Leubsdorf (Sachsen), empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten

Double-Lederhosen

in silbergrau, weißgebleicht und dunkelbraun. I. Dual, ganz stark, schwer per Paar # 5,—, II. Dual, mittelstark, halbsohner, per Paar # 4,50, frei in's Haus per Nachnahme. Bitte, Mustertarte, ev. Probehose zu verlangen. [67]

Betten Bettfedern Daunenn

Jaletts, Bettwäsche, Schlaf- u. Steppdecken, eisernes Bettstellen u. Matratzen empfiehlt in reeller Waare zu billigen Preisen [144] A. Werner, Berlin S., Kommandantenstr. 48. Versandt gegen Nachnahme, Preisliste franko.

Engros. Preisliste franko! Versand.

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!

Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlr. Anerkennungen. Unstreitig vorteilhafteste Bezugsquelle.

Ferner empfehlen:

Trifolium, 100 St.	# 2,50
Meine Sorte, 100 St.	# 3,—
Marina, 100 St.	# 3,75
Brillant Felix (klein), 100 Stück	# 3,25
Felix Brasil, 100 St.	# 4,60
St. Felix, Orig.-Kisten, 250 Stück (franko)	# 12,50
Florida Docks, 100 St.	# 3,75
Donna Elvira, 100 St.	# 4,50
Mexicanos, 100 St.	# 4,50

Bedingungen: Versand nur unter 100 Stück von einer Marke, 300 Stück portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonventionen des erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rück- erstattung des gezahlten Betrages zurück; daher keinerlei Risiko für den Besteller. Im Falle der Rücksendung dürfen aus jeder Kiste 4 Stück probeweise unentgeltlich ge- raucht sein. Bei Entnahmen von 500 Stück gewähren 3 Proz., bei 1000 St id 6 Proz. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

Czollek & Geballe,
Zigarren-Engros-Lager,
Berlin C.
Spandauer Brücke 9. [127]

100 Stück Mk. 4,10. Telophon-Amt III, 2742.

Dritte, veränderte Auflage: Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise- stouren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenarten. Gebd. 1,50 # Durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Scherm, Nürnberg

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-V.

richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsvorstand angeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden stabile Adressen den Zeitungsvorstand wesentlich erleichtern. Ferner ersuchen wir, alle Änderungen so zeitig abzusenden, daß wir sie noch am Dienstag Vormittag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“